

ZBB 2004, 251

BGB § 765; ZPO § 771

Selbständiges Garantieverprechen für „Aufhebungsschaden“ durch Prozessbürgschaft zugunsten des Drittwiderspruchsklägers zur Aufhebung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

BGH, Urt. v. 16.03.2004 – XI ZR 335/02 (KG), ZIP 2004, 968 = WM 2004, 876

Amtliche Leitsätze:

- 1. Stellt der Drittwiderspruchskläger dem Gläubiger zur Aufhebung der Zwangsvollstreckungsmaßnahmen eine pfandgleiche Sicherheit (Prozessbürgschaft), so liegt dem regelmäßig ein selbständiges Garantieverprechen des Inhalts zugrunde, im Falle der Klageabweisung für einen so genannten „Aufhebungsschaden“ aufzukommen.**
- 2. Übernimmt die Bank zunächst für die vorläufige Einstellung der Zwangsvollstreckung eine Prozessbürgschaft und wird die Bürgschaftssumme später wegen der Aufhebung der Vollstreckungsmaßnahme erhöht, so liegt darin eine stillschweigende und nach § 350 HGB formfreie Änderung des Sicherungszwecks.**